

ARBEITER NEWS

Solidaritätsgruppe mit den iranischen ArbeiterInnen-Deutschland



aus dem Iran



Aufruf gegen die rassistischen Überfälle auf Afghanen in Iran

In der Stadt Yazd kam es am 25. Juni zu rassistischen Überfällen auf Afghanen, wobei diese Überfälle durch die Sicherheitsbehörden vor Ort geplant worden waren. Ein äußerst brutaler Vorgang: Mehrere Häuser wurden in Flammen gesetzt, auf viele der Afghanen wurde mit Schlagstöcken und Backsteinen eingeschlagen. Unter den Verletzten gab es auch Frauen und Kinder.

Durch die Brände haben viele ihr Dach über den Kopf verloren. Laut einigen Angaben sind zahlreiche Afghanen in Yazd zu Verwandten geflüchtet und halten sich in deren Obhut versteckt, andere sind in die Wüste geflüchtet.

Am Folgetag, den 26 Juni, ereignete sich erneut ein Gewaltverbrechen. An der iranisch-türkischen Grenze, in der iranischen Region Salmas, schossen die Grenzsoldaten des islamischen Regims gezielt auf eine Gruppe afghanischer Flüchtlinge, die in die Türkei auswandern wollten. Dabei kamen 18 Personen ums Leben, weitere 5 Personen wurden schwer verletzt.

Diese Vorfälle sind Folgen einer rassistischen Politik, die durch das Regime der islamischen Republik gegen afghanische Migranten betrieben wird und

in den vergangenen Monaten einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Gemäß dieser rassistischen Politik, ist den Afghanen der Aufenthalt in 40 Städten des Landes untersagt worden. In anderen Regionen und Städten wird massiver Druck auf die Afghanen ausgeübt. In der Provinz Fars zum Beispiel ist es den Fahrern öffentlicher Verkehrsmitteln untersagt afghanische Fahrgäste die illegal im Land sind, zu bedienen. Beim Brotkauf wird von Afghanen verlangt ihre Aufenthaltsgenehmigung vorzuzeigen. Jeder iranische Bürger hat das Recht einen Afghanen nach seinen Papieren zu fragen. Das Regime der islamischen Republik führt eine gezielte Apartheid gegen die Afghanen.

Der Iran befindet sich in der tiefsten wirtschaftlichen und sozialen Krise seit Gründung der Islamischen Republik. Verstärkt wird diese Krise durch internationale Sanktionen im Rahmen des Atomkonflikts, die sich u.a. in einer hohen Arbeitslosenquote und einer wachsenden Inflation ausdrückt. Gerade in dieser Lage versucht das Regime durch das menschenverachtende Vorgehen die Bevölkerung von den wahren sozialen und wirtschaftlichen Problemen und der herrschenden Korruption abzulenken, in dem sie afghanische Migranten für die Krise verantwortlich macht. Vizepräsident Mohammad Reza Rahimi erklärte, dass die afghanischen Migranten Grund für die hohe Arbeitslosenquote im Lande wären. Rassismus und Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit) ist eine weltweit bekannte Politik.

In allen Ländern werden in Zeiten der Krise und Rezession die Migranten von der

herrschenden Klasse, von Faschisten und Nationalisten für die sozialen Probleme verantwortlich gemacht und angegriffen. Eine Mehrzahl der in Iran lebenden Afghanen sind Arbeiter. Sie gehören zu den ärmsten der Unterschicht im Lande. Sie arbeiten zwar gemeinsam mit einheimischen Arbeitern, jedoch unter wesentlich schlimmeren Umständen und ohne die geringsten Arbeiterrechte. Gegen dieses rassistische und menschenfeindliche Vorgehen des Islamischen Regimes gilt es zu verurteilen und anzugehen, um sich mit der afghanischen Bevölkerung im Iran zu solidarisieren.



Alireza Askari und Jalal Mohammadi immer noch in Haft

Wie wir in der letzten AN Ausgabe berichtet haben, wurden am 15. Juni 60 Arbeiteraktivisten und Mitglieder des Komitees zur Gründung unabhängiger Gewerkschaften von den Sicherheitskräften in der Stadt Karaj verhaftet und ins Gefängnis von Rejaishahr gebracht. 58 verhaftete im Laufe der folgenden Tage und Wochen wieder entlassen.

Als die Angehörigen der beiden noch einzigen in Haft befindlichen sich am Samstag, den 14. Juli an das Revolutionsgericht wandten, wurde ihnen mitgeteilt, dass die beiden Gefangenen nach der Hinterlegung einer Kautions von je 100 Mio. Tuman (umgerechnet ca. 50.000 €), frei kämen.

Das Komitee hat in einer Botschaft das Vorgehen der Behörden aufs schärfste

verurteilt und verlangt eine sofortige Freilassung der beiden verbliebenen.

Kurznachrichten

Nach Angaben der Nachrichten Agentur ILNA haben 48 Beschäftigte der Webereifabrik Khavar Gilan sich vor dem Regierungsgebäude der Provinz Gilan versammelt.

Anlass des Protests waren die seit elf Monaten ausstehenden Löhne der Beschäftigten. Dieser Betrieb wurde vor zwei Jahren geschlossen und der Arbeitgeber weigert sich die noch ausstehenden Löhne zu zahlen. In früheren Jahren haben mehr als 800 Beschäftigte in diesem Betrieb gearbeitet und wurden in der Folge der Krise in der iranischen Textilindustrie geschlossen.

Sonntag, 1. Juli 2012

Die Gerichtsverhandlung von Pedram Nasrollahi, Arbeiteraktivist und Mitglied des Koordinierungskomitees zur Gründung einer unabhängigen Arbeiterorganisation, hat am 1. Juli 2012 in der Stadt Sanandaj (Provinz Kurdistan) stattgefunden.

Er wurde am 8. März 2012 verhaftet und nach 46 Tagen und der Hinterlegung einer Kautions in Höhe von umgerechnet 30.000 € (mtl. Mindestlohn im Iran liegt bei 160 €) freigelassen. Der Vorwurf gegen ihn lautete „Mitgliedschaft in [o.g.] Organisation“

Montag, 2. Juli 2012

Nach Angaben der Nachrichtenagentur ILNA verunglücken jährlich ca. 100 Arbeiter in der Provinz Isfahan aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz tödlich. Diese Tatsache wurde in einem Gesundheitsseminar in der Provinz durch den Leiter des gesundheitszentrums bekanntgegeben. Nach seiner Meinung werden Sicherheitsmaßnahmen in großen Teilen der Industriebetriebe kaum ergriffen.

Neuseeland, Vietnam und aus Süd- Ost-Asien. In Folge der drastischen Steigerungen der ausländischen Devisen sind Dollar und Euro auf 40 % angestiegen. Entsprechend haben sich die eingeführten Fischpreise, im Vergleich zu letztem Jahr, fast verdoppelt. Solche kleinen Betriebe sind ohne staatliche Unterstützung nicht mehr in der Lage, ihre Produktion fortzusetzen. 80 entlassene Frauen dieses Betriebes wurden als Arbeitslose zum Arbeits- und Wohlfahrtsamt der Region weitergeleitet.

Montag, 20. Juni 2012

Nach Angaben eines Komitees zur Gründung der Arbeiterorganisation wurden in dem Betrieb Saipa in der Stadt Shahre Rei alle 160 Beschäftigten, als sie ihre Schicht antreten wollten, zur Personalabteilung geschickt. Als die Beschäftigten vor der Personalabteilung zusammenkamen, wurde ihnen durch die Personalleitung mitgeteilt, dass allen 160 Beschäftigten gekündigt wird. Die Begründung lautet, dass in den Arbeitsverträgen keine Vertragsdauer bestimmt ist und daher keine Kündigungsfrist einzuhalten ist.

500 Beschäftigte des Beh Paksch bangen um ihre Arbeitsstelle!

Mittwoch 27 Juni

55 Beschäftigte des Beh Paksch Betrieb haben in einem Brief an den Finanzminister auf die schwierige Lage ihres Betriebs, in Folge des Personalwechsels in der Geschäftsführung, aufmerksam gemacht. Die Personalpolitik der neuen Geschäftsführung kostete bisher den Beschäftigten 500 Stellen und verursachte auch erhebliche Umsatzeinbusse. Sie befürchten, dass dieses Missmanagement die Existenz von 1000 weiteren Stellen gefährden könnte.



Schließung einer Fischfabrik in Hormozgan!

Der Geschäftsführer der Thunfischfabrik in Süden des Iran erklärte in einem Interview, dass dieser Betrieb bald schließen müsse, weil die Firma ihre 80 Beschäftigten, überwiegend Frauen, nicht mehr bezahlen kann. Dieser Fischverarbeitungsbetrieb importiert 95 % des Bedarfs aus

Arbeitsbeschaffung der Regierung!

In den ersten 4 Monaten des laufenden Kalenderjahres ist im Iran die Arbeitslosenzahl um 6,1 % gestiegen. Diese Zahl stieg in den städtischen Regionen bis 15,3 % an. Während der Wirtschaftsminister im Parlament über die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes im Land sprach, bezeichnete Ahmad Tawakoli, ein Parlamentsmitglied und ehemaliger Arbeitsminister, die Lage als sehr kritisch. Iran steht unter den 183 Ländern der Welt an 144 Stelle der Arbeitslosenliste. Im letzten Jahr befand sich Iran auf dem 140. und im vorletztem

Jahr auf dem 132. Platz. Wir nähern uns dem Ende der Tabelle, fügte er hinzu.



Lohnkürzungen für 450 Arbeiter der Pars Saram

Rund 450 Arbeiter des Pars Saram Betriebs in Waramin südlich von Teheran, sind von Lohnkürzungen durch den Arbeitgeber betroffen. Im Folge der Kürzungen und Streichungen der staatlichen Subventionen können viele Betriebe ihre Produktion nicht fortsetzen und ihre Beschäftigten bezahlen. Die Lohnzuschläge für Überstunden, Schichten und Feiertagszulagen entfallen. Dies führt zu einem erheblichen Gehaltsrückgang der Beschäftigten. Mehrmals haben die Arbeiter dieser Firma in Mitarbeiterversammlungen über deren Probleme diskutiert, allerdings ohne Erfolg. Laut internen Berichten ist die finanzielle Lage dieser Firma, die Kosmetik und Hygieneartikel produziert, stabil und hat keine Engpässe bei der Anschaffung des Rohmaterials. Der Arbeitgeber nutzt die allgemein schlechte Situation des Arbeitsmarktes, um die Löhne der Arbeiter weiter zu senken.



Entlassung der Arbeiter der Iranit Fabrik

Laut der Meldungen der HRNA (Menschenrecht Aktivisten im Iran) sind nach der Schließung der Iranit Fabrik in Teheran im letzten Jahr alle Beschäftigten,

die unter einem befristeten Arbeitsvertrag standen, entlassen worden. Nach der Wiederinbetriebnahme der Firma wurden nur diejenigen, die über 20 Jahren im Dienst der Firma sind, wieder eingestellt. Die Firma, die seit 50 Jahren im Betrieb ist und zu einer der größten Betriebe im Iran und in nahen Osten zählt, stellte die Produktion vor Monaten ein. Allerdings sind die Beschäftigten, die kurz vor dem Rentenalter stehen, verpflichtet in der Firma zu erscheinen und ihre Zeit bis zur Rente in einer Firma, die praktisch geschlossen ist, absetzen.



250 Arbeiter der Palud.Firma seit fünf Monaten ohne Lohn!

ILNA- Die Milchindustrie Betriebe befindet sich wie viele andere Betriebe im Iran, in einer tiefgreifende Krise. Das Gleichgewicht zwischen Produktionskosten und dem realen Preis auf dem Markt ist zusammengebrochen. Viele Betriebe sind nicht mehr in der Lage, die Löhne ihrer Mitarbeiter regelmäßig zu bezahlen. In der Provinz Khorasan, im Nordosten von Iran, sind Betriebe wie Milad mit 40 Beschäftigten und Pischgam mit 25 Beschäftigten, seit einem Jahr geschlossen. Weitere Betriebe wie Jarineh Mich mit 60 und Neischabur Palud mit 250 Arbeiter, befinden sich kurz vor der Schließung. Entsprechend sind über 250 Arbeiter der Firma seit fünf Monaten ohne Lohn.



4000 Arbeiter verlieren ihren Job!

Montag, 05 Juli. ILNA-

In Folge der Kürzungen und Streichungen der staatlichen Subventionen an Betrieben im Iran, sind Ziegelfabriken die 35 von 60 Betrieben in der Region geschlossen worden. Bis vor kurzem waren ca. 6000 Arbeiter in dieser Branche beschäftigt, die in drei Schichten tätig waren. 4000 von ihnen sind nun arbeitslos. Die Betriebe, die noch am Produzieren sind, können die hohen Energiekosten nicht mehr tragen und können damit nur einen geringen Teil ihrer Kapazität in Betrieb nehmen. Die meisten Arbeiter sind eigentlich aus den ländlichen Regionen Kurdistans und Khorasans, die als Saisonarbeiter ihren Unterhalt bestreiten müssen. Viele von ihnen

waren früher Bauern. Um ihre Familien ernähren zu können, suchen sie solche Berufe für einige Monate im Sommer. Oft arbeiten auch ihre Kinder in den Sommerferien mit. Mit dem Geld, das sie als Saisonarbeiter in den heißen Sommermonaten verdienen, lebt praktisch die ganze Familie.

Die Einführung der Maschinen macht die menschliche Arbeitskraft, die traditionell in diesem Bereich von Menschen geleistet wurden ist überflüssig. Für viele Familien ist diese harte Arbeit, die dazu noch schlecht bezahlt wird, die einzige Überlebenschance.



Ein kurzer Bericht über Arbeitsunfälle:

- Montag, den 05. Juli. Ein afghanischer Bauarbeiter ist während der Arbeit aus einem Gebäude gestürzt und ist sofort an der Unfallstelle gestorben. Die Ursache des Unfalls, war wie üblich, erhebliche Mängel an Sicherheitsmaßnahmen an dieser Baustelle. Viele Baufirmen im Iran, beschäftigen Kriegsflüchtlinge aus Afghanistan und sparen damit an Lohnnebenkosten. Die afghanischen Arbeiter werden unter schwierigsten Bedingungen, meist im Baubereich, in der Landwirtschaft und in Ziegelfabriken beschäftigt und sind von jeglichen gesetzlichen Pflichten der Arbeitgeber ausgeschlossen.

- Montag 02. Juli. Sajad M. ein 18 Jähriger, der seit einer Woche in einer Fleischfabrik beschäftigt ist, hat während der Reinigung einer Fleischmaschine seine linke Hand verloren.

- Zwei Bauarbeiter sind während der Abrissarbeiten an einem dreistöckigen Haus von den Trümmer begraben worden und wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Der Einsatzleiter des 31. Feuerwehrrabschnittes in Teheran, benannte die Ursache dieses Unfalls als eine Missachtung der Sicherheitsvorschriften an dieser Baustelle.

- Donnerstag, 05. Juli. Ein 40-jähriger Minenarbeiter ist in Zarand in Folge einer Gasvergiftung auf dem Weg ins Krankenhaus, gestorben. In dieser Mine arbeiten zur Zeit 600 Arbeiter und Unfälle mit Todesfolge, sind keine Seltenheit.

- Dienstag 03. Juli .ILNA

Ahmad Khedri, ein 41-jähriger Müllarbeiter der Stadt Gartschak, südlich von Teheran, ist während der Arbeit von einem Müllabfuhrauto überfahren worden und lag mit beiden Beinen unter den Rädern. Nach 10 Minuten kam die Feuerwehr, diese aber konnten ihn nicht befreien. Die Feuerwehr war schlecht ausgerüstet und arbeitete sehr unkoordiniert. Während diese mit der Zentrale telefonierte und sich Ratschläge holten, blieb Ahmad stark blutend unter dem Auto. Schließlich wurde er ins 15. Khordad Krankenhaus gebracht, wurde jedoch nicht aufgenommen. Sie hatten keinen Facharzt, der solche Unfälle behandeln kann. Er wurde in ein staatliches Krankenhaus in Teheran gebracht und wurde auch dort wieder abgewiesen. Schließlich wurde er von einer privaten Klinik in Teheran aufgenommen und wurde behandelt. Sein rechtes Bein musste sofort amputiert werden. Der Vorgang von dem Zeitpunkt des Unfalls bis zur Behandlung im Krankenhaus dauerte 11 Stunden. Man fragt sich, hätte er sein Bein nicht verloren, wenn er medizinische Hilfen bekommen hätte? Sein Arbeitgeber, eine private Zeitarbeiterfirma, die im Auftrag der Stadt Gartschak, mehrere Arbeiter in der Reinigung und Stadtpflege beschäftigt, übernimmt die Behandlungskosten für Ahmad nicht. Ihm wurde vorgeschlagen, dass er für die Behandlungskosten einen Darlehen von dem Arbeitgeber bekommt, welches er wiederum später zurückzahlen muss.

V.i.S.d.P.: Nosrat Taymoorzadeh

nosrat_taymo@yahoo.de